

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge

Herausgeber: Bioforum Schweiz

Band: 62 (2007)

Heft: 1

Artikel: Hunger ist nicht Schicksal

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-891411>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Brief zum Biotreibstoff

19 Sozial- und Umweltorganisationen der Schweiz, von Alliance Sud über Pro Natura und VCS bis IP Schweiz und Bioforum Schweiz, haben sich Anfang März in einem Brief zur Differenzbereinigung Mineralölsteuergesetz direkt an alle StänderäteInnen gewandt. Sie schreiben unter anderem: «Da die Nachfrage nach Energiepflanzen auf dem Weltmarkt in Zukunft mit dem Boom von Agrotreibstoffen weiter steigen wird, wird es in vielen Fällen lukrativer sein, Energiepflanzen anzubauen anstatt Lebensmittel.

Viele Länder haben deswegen grosses Interesse, ihre Anbauflächen für Energiepflanzen zu erhöhen. Es wäre für einen Importeur ein Leichtes, «Biotreibstoff» steuerlich befreien zu können – z. B. aus Kolumbien – wenn nur ökologische Kriterien relevant sind. Die Probleme in diesem Land sind aber meist nicht ökologischer Art. Die menschenrechtliche Situation jedoch ist äusserst bedenklich.

Aus diesen Gründen fordern wir, dass der Nachweis einer positiven ökologischen Gesamtbilanz um den Nachweis der Einhaltung sozialer und menschenrechtlicher Mindeststandards ergänzt werden muss, um eine steuerliche Erleichterung zu erhalten. Wir bitten Sie, unseren wohl begründeten Forderungen Rechnung zu tragen und danken Ihnen für Ihre Unterstützung.»

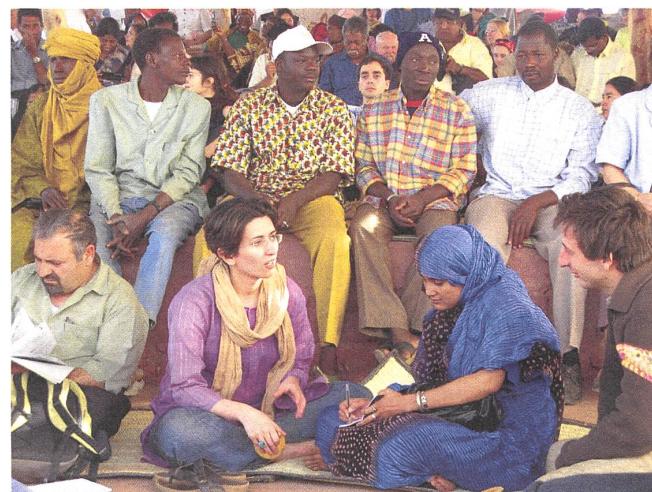


Hunger ist nicht Schicksal

Mit über 500 Delegierten aus 80 Ländern fand vom 23. bis 27. Februar das erste Weltforum zu Ernährungssouveränität «Nyéléni 2007» in Sélingué, Mali, statt. Organisiert wurde der Anlass von der weltweiten Kleinbauernbewegung Via Campesina, dem westafrikanischen Bauernnetzwerk ROPPA, dem internationalen Fischerforum, Food and Water Watch, Friends of the Earth und dem Weltmarsch der Frauen. Mit dabei auch Delegierte aus der Schweiz.

Angesichts der dramatischen Situation der Welternährung sowie der bäuerlichen Landwirtschaft war ein Treffen aller betroffenen Akteure unerlässlich geworden, um eine gemeinsame Strategie zur Wiedererlangung der Ernährungssouveränität zu definieren: Das Recht der Bevölkerung, einer Region oder eines Landes, ihre Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik selbst zu bestimmen, ohne andere Länder durch Dumpingpreise zu schädigen. Sei es der kanadische Fischer, die kolumbianische Bäuerin oder der malische Viehzüchter: Die kleinen Produzentinnen und Produzenten können kaum mehr ihr Überleben sichern.

Das bedroht die Ernährungssicherheit weltweit. Der Zugang zu den natürlichen Ressourcen wie Land, Saatgut oder Wasser wird zunehmend schwieriger. Diese allgemeinen, für die Arbeit der Kleinproduzenten unabdingbaren Güter, werden mehr und mehr von der Industrie vereinnahmt. In Argentinien und Paraguay führt der immense Druck Soja für Agro-Treibstoffe anzubauen zur Vertreibung vieler Kleinbauernfamilien. Die schädlichen Monokulturen gehen auf Kosten der Lebensmittelproduktion. In Indonesien wird das Wasser von grossen Unternehmen abgegraben, die es für die Bewässerung ihrer Plantagen zur Produktion von Pflanzenölen nutzen. Für die kleinen Parzellen der Kleinbauern bleibt ausserhalb der



In Mali waren auch engagierte Menschen aus der Schweiz dabei.

Regenzeit kein Wasser mehr übrig. Mit der durch Freihandelsabkommen und der Politik der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds geförderten industriellen Landwirtschaft kann die lokale Produktion nicht konkurrieren.

Karamoko Kané, Reisbauer aus Sélingué in Mali, kämpft gegen billige Reisimporte aus Thailand und Vietnam. Mit 200 CFA pro Kilo ist der importierte Reis um ein Drittel billiger als der lokal produzierte – und das trotz Transportkosten und Steuern.

In der Abschlusserklärung wird die Anerkennung und Verteidigung der Ernährungssouveränität als unvermeidliche politische Strategie vorgestellt, denn: «Unser Erbe und unsere Fähigkeiten, gesunde, qualitativ hochwertige und ausreichende Nahrungsmittel zu produzieren, ist bedroht». In

Mali wird das Konzept Ernährungssouveränität in der Verfassung verankert, ebenso in Senegal, Nepal und Venezuela.

Die drei Schweizer Delegierten Valérie Thiébaut für Uniterre, Thomas Descombes für die Plattform der Vertragslandwirtschaft und Tina Goethe für Swissaid und Alliance Sud werden sich mit ihren Organisationen für eine Debatte zur Ernährungssouveränität in der Schweiz engagieren. Uniterre zielt darauf ab, die Schweizer Agrarpolitik in diese Richtung zu beeinflussen. Die Projekte «Vertragslandwirtschaft» stellen bereits eine konkrete lokale Umsetzung des Konzepts Ernährungssouveränität dar. Für Swissaid steht die Ernährungssouveränität sowie das Menschenrecht, sich selbst zu ernähren, im Zentrum ihrer Kampagne «Hunger ist nicht Schicksal».

Swissaid/Uniterre